



Stellungnahme des Club Helvétique zur Abstimmung vom 14. Juni

Die «Keine-10-Millionen-Initiative» widerspricht der Menschenwürde und der humanitären Tradition der Schweiz

Die von der SVP lancierte Initiative widerspricht mit ihrer Zielsetzung einer offenen und die humanitären Werte respektierenden Schweiz. Sie wirkt diskriminierend, richtet sich gegen die Menschenwürde und untergräbt zudem die schweizerische Glaubwürdigkeit bezüglich der Verbindlichkeit internationaler Übereinkommen. Gleichzeitig vernebelt der Initiativtext diese Auswirkungen.

Der Titel «Nachhaltigkeitsinitiative» ist dreist und verlogen

Die Partei hat sich in ihrer politischen Praxis kaum je für das in Absatz 2 der Initiative definierte Ziel «zum Schutz der Umwelt und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» eingesetzt. Weder befürwortete sie eine zukunftsweisende Raumplanung noch Massnahmen gegen die Zersiedlung der Schweiz durch Einfamilienhäuser oder steigende Bodenpreise, dem weit wichtigeren Treiber steigender Mieten als die Zuwanderung. Unter Massnahmen zur Leistungsfähigkeit der «Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen» verstand sie nie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals, um deren Verbleib im Beruf attraktiver zu machen, oder den Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten für Ärzte und Ärztinnen und anderer Pflegeberufe, um die Rekrutierung im Ausland auf Kosten anderer Länder einzudämmen. Genauso wenig steht die SVP für den Ausbau von AHV, IV, öffentlicher Krankenkassen, für abgesicherte Möglichkeiten von Teilarbeitszeit und Job-Sharing oder den Ausbau der Kitas, um Personen mit Betreuungspflichten für ein Verbleiben im Beruf zu motivieren. *Vielmehr zeigte sie sich in umwelt- und sozialpolitischen Fragen durchwegs als Bremserin* oder gar Fürsprecherin von Kürzungen bei gleichzeitiger Mehrbelastung der Bevölkerung unabhängig von Einkommen und Vermögen. Kurz: *ihr wichtigstes Anliegen ist die Steuerentlastung für Reiche*, selbst dann, wenn die damit verbundene Anlockung ausländischer Firmen und vermögender Einzelpersonen durch tiefe Unternehmenssteuern und Pauschalbesteuerung dem vorgegebenen Ziel der Eindämmung der ständigen Wohnbevölkerung diametral zuwiderläuft. Denn *eine Standortpolitik durch Steuerdumping forciert das Wirtschaftswachstum*, ein zentraler Faktor der Bevölkerungsentwicklung.

Arbeitskräfte ohne Anspruch auf ein menschenwürdiges Privatleben

Bei genauer Analyse des Textes wird klar: Es geht nicht um die Beschränkung der Zuwanderung von Arbeitskräften, die für die Schweiz fast in allen Sektoren unverzichtbar sind. Diese soll vielmehr auch im Fall einer Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung in Richtung 10-Millionen-Grenze den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen. Mit welchen Massnahmen – beispielsweise der Wiedereinführung von Kontingenten für die einzelnen Unternehmen – definiert der Initiativtext wohlweislich nicht. Jedoch bestimmt er klar, dass in diesem Fall *neu Zugewanderte kein Recht auf Familiennachzug* mehr haben. *Das ist zutiefst diskriminierend* und erinnert an das bis zur Jahrtausendwende gültige

Saisonierstatut, das den davon Betroffenen über Jahre ein Familienleben verunmöglichte und bis heute tiefe Spuren des Leids hinterliess. Man denke dabei nur an die vielen «versteckten Kinder», für deren Lebensbedingungen sich die Schweiz rückblickend entschuldigen müsste. Nicht ausgesprochen ist zugleich, dass es sich im Gegensatz zum 20. Jahrhundert gegenwärtig und wohl auch in Zukunft bei den zugewanderten Arbeitskräften mehrheitlich um gut bis hoch qualifizierte Fachkräfte aus EU-Ländern handelt, die bei einer solch *familienfeindlichen Rechtspraxis* wahrscheinlich auf eine Zuwanderung in die Schweiz verzichten würden. Was das beispielsweise für den Gesundheitsbereich bedeutet, können wir uns vergegenwärtigen, wenn wir bedenken, dass heute rund die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte sowie ein Drittel der diplomierten Pflegefachpersonen aus dem Ausland zugewandert sind. Auch in anderen zentralen Branchen verfügen viele der zugewanderten Fachkräfte über eine Ausbildung in Mathematik, Informatik, Technik oder Naturwissenschaften und decken damit ein zentrales Defizit auf dem einheimischen Arbeitsmarkt. Und anders als von der SVP suggeriert, *belasten die Zugewanderten unser Sozialsystem nicht zusätzlich, sondern tragen zu dessen Entlastung bei*. So zahlen sie mehr in die Krankenkassen ein, als sie an Unterstützung beziehen, und sie sichern mit ihren Beiträgen entscheidend die Rentenbezüge des steigenden Anteils der nicht mehr Erwerbstätigen an der ständigen Wohnbevölkerung.

Das Ende einer offenen Schweiz und einer menschenrechtswürdigen Politik

Bei Annäherung an den 10-Millionen-Grenzwert sollen spezifische Anpassungen in der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union ausgehandelt werden, wozu diese wohl kaum Hand bieten wird. Dass es der Initiative jedoch um weit mehr geht als um Anpassungen, zeigt die Verpflichtung, zur allfälligen Einhaltung des Grenzwerts ab 2050 internationale migrationsspezifische Übereinkommen auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen, so eben auch das Abkommen vom 21. Juni 1999 über die Personenfreizügigkeit. Damit wird implizit *die Aufkündigung der Bilateralen Verträge generell und das Ende einer in Europa verankerten Schweiz gefordert*. Die internationale Abschottung wider alle humanitäre Tradition spiegeln auch die zur Einhaltung des Grenzwerts geforderten Massnahmen im Asylbereich, welche *die Aufnahme von Flüchtlingen am liebsten gänzlich drosseln möchten*. Zwingendes Völkerrecht ausgenommen sollen vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht oder Bleiberecht mehr erhalten. Das impliziert schlicht das Ende einer offenen Schweiz, das Ende einer menschenrechtswürdigen Politik.

Das Erbe von 1848 verlangt ein klares Nein

Eine solche der schweizerischen Tradition widersprechende Politik darf nicht in der Verfassung festgeschrieben werden. Vielmehr gilt es, das patriotische Erbe von 1848 zu verteidigen. In diesem Sinn setzt sich der Club Helvétique ein «für eine offene Gesellschaft, die ihre Vielfalt schätzt, für ein Land, das Verfolgte schützt und sich nach aussen offen zeigt». Das bedeutet: Nein zur 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP.

Im Namen des Club Helvétique
 Elisabeth Joris
ejoris@bluewin.ch
 Mai 2026